

Der Ausbildungsmarkt in Schiefelage

INTERVIEW mit drei Forschern zum Bildungsbericht und die Ländersituation

VON THOMAS KOPIETZ

Göttingen – Eine fast ausgeglichene Ausbildungsstellenbilanz im dualen System kann nicht über Defizite hinwegtäuschen: So gibt es nach wie vor Länder, in denen das Angebot deutlich unter der Nachfrage liegt – in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg, in den Flächenländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hessen. Grundsätzliches Problem überall bliebe die Sorge um die Leistungsfähigkeit und der Fachkräftesicherung. Zu diesem Ergebnis kommen Experten des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts (SOFI) der Uni Göttingen. Sie waren beteiligt am Bildungsbericht 2020 und haben den Sektor Berufsausbildung untersucht. Die Forscher stellen auch Passungsprobleme fest, diese beschreiben das gleichzeitige Auftreten von unversorgten Jugendlichen und unbesetzten Ausbildungsstellen. Besonders ausgeprägt sind sie in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sowie in Baden-Württemberg. Wir haben mit Prof. Dr. Susan Seeber, Dr. Maria Richter und Dr. Volker Baethge-Kinsky gesprochen.

Der Ausbildungsmarkt scheint weiter in Schiefelage zu sein, warum?

Nach wie vor ist der Ausbildungsmarkt durch eine unzureichende Deckung der Nachfrage, durch erhebliche regionale Disparitäten in den Ausbildungschancen, durch ungelöste Passungsprobleme, die zunächst stark angewachsen sind und in den vergangenen Jahren auf hohem Niveau verharren, geprägt. Die Schiefelage zeigt sich aber auch in den fortbestehenden Ungleichheiten beim Ausbildungszugang für bestimmte Gruppen, wie Personen ohne oder mit niedrigem Schulabschluss sowie Personen mit Zuwanderungshintergrund.

Wie ist die Situation in Niedersachsen, Hessen und NRW?

Die Angebots-Nachfrage-Relation hat sich in diesen Ländern zwischen 2009 und 2019 deutlich verbessert, wobei für alle drei Länder gilt, dass die verbesserte Ausbil-



Spannende Berufsausbildung: Doch nicht immer passen Angebot und Wünsche von Suchenden und Auszubildenden zusammen, das zeigt der Bundesbildungsbericht 2020 deutlich. Manche Berufe sind unattraktiv. ARCHIVFOTO: NH

dungsmarktsituation die Folge einer reduzierten Ausbildungsnachfrage ist, während sich das Stellenangebot kaum verändert hat. Für alle drei Länder besteht aber nach wie vor ein erheblicher Nachfrageüberhang und der Ausbildungsmarkt ist damit von einem Versorgungsengpass geprägt. Insgesamt gilt für alle zudem, dass die Passungsprobleme, das heißt, das Nichtzustandekommen von Angebot und Nachfrage, zugenommen hat. In NRW vergleichsweise stark, in Hessen und Niedersachsen sind sie dagegen moderat gestiegen.

Sie benennen eigen-schafts- und verhaltensbe-zogenen Passungsprobleme. Was beinhalten diese?

Da geht es nicht nur darum, dass Jugendliche die Ausbildungsvoraussetzungen der Betriebe nicht erfüllen oder die Jugendlichen es möglicherweise verpasst haben, auf eine potenziell passende Stellenanzeige zu reagieren. Es werden gleichfalls darunter auch Situationen gefasst, in denen Betriebe nicht den Ansprüchen genügen, die Jugendliche an eine Ausbildung im gewünschten Beruf haben, etwa weil der Betrieb ihnen zu klein ist oder einen schlechten Ruf als Ausbil-

dungsbetrieb genießt.

Sind einige Berufe schlicht zu unattraktiv?

An der Zahl der unbesetzt gebliebenen Ausbildungsstellen ist auch abzulesen, wie attraktiv ein Beruf ist. Vor allem in Berufen des Hotel- und Gaststättenhandwerkes, des Lebensmittelhandwerks sowie der Gebäudereinigung sind oft unbesetzte Ausbildungsstellen zu finden. Es sind Berufe, die wenig Anerkennung genießen sowie mit geringeren Übernahmechancen nach Ausbildungsabschluss, geringerem Einkommen und höherem Arbeitslosigkeitsrisiko einhergehen. Aus individueller Sicht ist es insofern verständlich, dass Jugendliche sich stärker auf Ausbildungsberufe ausrichten, in denen sie bessere Entwicklungsmöglichkeiten sehen.

Die Digitalisierung könnte attraktive Berufsfelder für junge Menschen bieten..

Man muss unterscheiden zwischen Zukunftsvisionen und der Realität. Der Digitalisierungsprozess vollzieht sich – Corona-Pandemie hin oder her – in weiten Bereichen sehr viel langsamer, als es die Protagonisten der Digitalisierung gerne hätten. Und selbst wenn sie sich in höhe-

rer Geschwindigkeit durchsetzen würde, heißt dies eben nicht automatisch interessantere und bessere Jobs für nicht-akademische Fachkräfte. Es ist durchaus möglich, dass die attraktiveren Aufgaben häufiger bei Akademikern gebündelt werden. Zudem müssten die komplexeren Aufgabenbündel in irgendeiner Weise in den Berufsbildern verankert werden. Wie gut das gelingen kann, darüber hat heute selbst das Bundesinstitut für Berufsbildung seine Zweifel.

Was spricht eigentlich für eine nicht-akademische Berufsausbildung?

Für eine nicht-akademische Berufsausbildung sprechen die guten Integrationschancen in den Arbeitsmarkt, die deutlich höher liegen als bei Personen ohne beruflichen Abschluss. Die relativ hohe Übernahmequote nach einer Ausbildung kann auch deren Attraktivität ausmachen. Zudem eröffnet eine berufliche Ausbildung auch Möglichkeiten der Weiterqualifizierung in anerkannten Fortbildungsberufen, die – ähnlich wie akademische Abschlüsse – für Leitungsaufgaben und Führungspositionen in einem Unternehmen qualifizieren.

Ist die Ausbildung für Manchen passender als ein Studium?

Das mag für den ein oder anderen mit Abitur sicherlich gelten. Mindestens ebenso wichtig erscheint uns aber, die Jugendlichen mit schwierigen Bildungsbiografien und schlechten Erfahrungen in der Schule für eine betriebliche Berufsausbildung zu gewinnen. Die kann mit ihrem arbeitsplatznahen Lernen, mit neuen Möglichkeiten des Kompetenzerlernens Chancen eröffnen, wieder Fuß zu fassen und einen beruflichen Abschluss zu erwerben.

DIE EXPERTEN

Dr. Volker Baethge-Kinsky und **Dr. Maria Richter** sind wissenschaftliche Mitarbeiter/innen des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI). Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Arbeits- und Berufsbildungsforschung. Mit **Prof. Dr. Susan Seeber** (Uni Göttingen) als eine der Autorinnen von „Bildung in Deutschland 2020“ arbeiten sie in einem SOFI-Projekt und haben das Bildungsbericht-Kapitel „Berufliche Ausbildung“ verantwortlich erstellt. tk.

Land will Wohnquartiere aufwerten

Hannover – Das „neue“ Wohnraumförderungsgesetz für Niedersachsen ist auf dem Weg. Die Landesregierung hat am Dienstag den Entwurf zur Verbandsanhörung freigegeben. Die Gesetzesänderung soll Grundlage sein für die Förderprogramme des Landes, mit denen vor allem der Neubau von Sozialwohnungen, Integrationsprojekte in den Quartieren und Gemeinwesenarbeit finanziell unterstützt werden sollen.

„Soziale Wohnraumförderung soll als ganzheitliche Lösung weiterentwickelt und optimiert werden“, sagte Bauminister Olaf Lies. Vorrangig gehe es um das Schaffen von bezahlbarem Wohnraum. Dafür stehen 1,7 Milliarden Euro für vier Jahre bereit. Laut Lies sollen damit bis 2030 insgesamt 40 000 neue Wohnungen in sozialer Bindung entstehen – für das ganze Land. Zum Vergleich: Die Stadt Göttingen hat allein einen Bedarf von 5000 Wohnungen bis 2030 errechnet. Gefördert werden sollen auch gemeinschaftliche Wohnformen und der Bau von Studentenwohnungen. Ein Ziel sei auch der Abbau bürokratischer Hürden. Letztlich geht es auch um die Unterstützung der Entwicklung von Wohnquartieren. Die Probleme in einer Reihe von bestehenden Quartieren hätten laut Lies deutlich gemacht, dass der sozialen Integration und Gemeinwesenarbeit eine immer größere Bedeutung zukommt – ebenso einer Ansehensaufwertung von Wohnquartieren. tko

Mutmaßlicher Betrug: Razzia

Berlin – Wegen des Verdachts des Subventionsbetrugs bei Corona-Soforthilfen sind in Berlin erneut mehrere Objekte, darunter eine Moschee, durchsucht worden. Der Verdacht richtete sich gegen zwei Männer aus der islamistischen Szene, teilte die Generalstaatsanwaltschaft Berlin am Dienstagmorgen mit. Nach ersten Angaben der Polizei wurden seit 7 Uhr drei Objekte durchsucht. Dazu gehörte auch die Moschee in Berlin-Tempelhof. Rund 250 Polizisten seien an dem Einsatz beteiligt, hieß es. In den vergangenen Wochen war es bereits mehrfach zu Durchsuchungen in der salafistischen Szene wegen des Verdachts des Subventionsbetrugs bei Corona-Soforthilfen gekommen. dpa

LÄNDERNOTIZ

23 Mitarbeiter bei „Wiesenhof“ positiv

23 Mitarbeiter eines Schlachthofs der PHW-Gruppe („Wiesenhof“) in Wildeshausen (Kreis Oldenburg) sind positiv auf das Coronavirus getestet worden. Der PHW-Gruppe zufolge sollen nun alle mehr als 1100 Mitarbeiter des Schlachthofs auf eine Corona-Infektion getestet werden.

Milliardenlast für die nächste Generation

Land schnürt zweites großes Corona-Hilfspaket im Nachtragshaushalt – Geld auch für die Kultur

VON PETER MLODOCH

Hannover – Dieses Schuldenpaket wird Niedersachsen noch die nächsten drei Jahrzehnte beschäftigen. Die SPD/CDU-Landesregierung hat ein zweites großes Corona-Hilfsprogramm für Wirtschaft, Kommunen, Gesundheitssystem und andere von der Krise Betroffene auf den Weg gebracht. Der am Dienstag beschlossene Entwurf für einen zweiten Nachtragshaushalt 2020 umfasst 8,4 Milliarden Euro – weitgehend finanziert durch neue Kredite.

Deren Rückzahlung soll 2024 mit der ersten Raten beginnen; die Tilgung ist dann auf 25 Jahre angelegt. „Es handelt sich um das mit Abstand größte Hilfsprogramm,

das das Land jemals auf den Weg gebracht hat“, sagte Ministerpräsident Stephan Weil (SPD).

Allein 1,9 Milliarden Euro will die Koalition direkt und indirekt in die heimische Wirtschaft pumpen. Es gibt Sonder- und Förderprogramme für Tourismus (120 Millionen Euro), für Zoos und Tierparke (20 Millionen Euro), für die Inselfahren (15 Millionen Euro), aber auch für Radwege (20 Millionen Euro), E-Mobilität und Ladesäulen (40 Millionen Euro) sowie umweltfreundliche ÖPNV-Busse (30 Millionen Euro). Junge Start-up-Firmen bekommen ebenso Unterstützung wie der Mittelstand. „Wir wollen Unternehmen retten, wir wollen Arbeitsplätze retten, wir wol-

len Beschäftigung sichern“, erklärte der Ministerpräsident.

„Wir stärken die Selbstheilungskräfte der niedersächsischen Wirtschaft, betonte Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU). Diesem Ziel sollen auch die energetische Sanierung von Hochschulen und Jugendherbergen sowie die „ökologische Flottenerneuerung“ des Landesfuhrparks dienen. So sind 37,5 Millionen Euro für umweltfreundliche Polizeiautos vorgesehen.

An Landkreise, Städte und Gemeinden fließen 1,1 Milliarden Euro Landesgeld, damit sie ihre notwendigen Investitionen aus Sparschwängen nicht auf die lange Bank schieben müssen. „Unsere



Stelle das Zahlenwerk vor: Ministerpräsident Stephan Weil (SPD). FOTO: OLE SPATA/DPA

Kommunen sind in jeder Hinsicht systemrelevant“, sagte Innenminister Boris Pistorius (SPD).

Für 600 Millionen Euro will die Regierung das Gesundheitswesen stützen. Neben der Beschaffung neuer

Schutzkleidung (200 Millionen) sind auch fast 23 Millionen Euro an Zuschüssen an die Universitätsmedizin Göttingen (UMG) geplant. Außerdem will das Land den vom Bund vorgesehenen Pflegebonus für Altenpflegekräfte von 1000 auf 1500 Euro aufstocken. „Das ist ein großes Dankeschön“, meinte der Ministerpräsident mit Blick auf die schwierige Situation in den Seniorenheimen.

Das Konjunkturpaket nimmt auch Einrichtungen ins Visier, die bisher leer ausgegangen sind: freischaffende Künstler, Theater, Museen, gemeinnützige Sportvereine. 14,4 Millionen Euro sind dabei auch für Stornokosten bei abgesagten Klassenfahrten vorgesehen.